Uetersener Nachrichten vom 02.10. 2018

CDU-Chef Koch ist überzeugter Jamaikaner

RELLINGEN Hoher Partei-Besuch bei der Senioren-Union des Kreises Pinneberg: Fast 50 Gäste der Union haben den Weg in den Rellinger Hof gefunden, um einen Vortrag des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, **Tobias Koch** (Foto), zu hören. Thema des Tages waren die ersten 15 Monate Regierungsarbeit in Schleswig-Holstein in der Jamaika-Koalition unter Ministerpräsident Daniel Günther (CDU).

Josef Werner, Vorsitzender des Kreisverbands, wies in seiner kurzen Begrüßungsrede auf die Tatsache hin, dass sich das politische Spektrum verbreitert habe: „Randparteien haben mehr Zulauf, dadurch werden die Parteien der Mitte geschwächt." Genau deshalb, fuhr er fort, gelte es jetzt, trotz unterschiedlicher politischer Ausrichtungen gute Regierungsarbeit zu machen.

In seinen Ausführungen zeigte Koch auf, warum nach seiner Meinung in Kiel das funktioniere, was im Bund so kläglich gescheitert war, nämlich eine Zusammenarbeit der CDU mit FDP und Grünen. Zwei Gründe führte Koch für die solide Zusammenarbeit an. Den ersten beschreibt Koch so: „Jeden Montag und Dienstag treffen sich die Vertreter aller Parteien in allen Gremien. Jeder trifft jeden, jeder kennt jeden. Hier ist ausreichend Zeit und Gelegenheit, die Positionen auszutauschen und zu einem Konsens zu kommen." Den zweiten Grund sieht Koch darin, dass jeder Partei ihre Wahlversprechen gelassen wurden und nicht nach Minimalkompromissen gesucht wurde. Um dies zu halten, müsse sich zum Beispiel die CDU nun mit dem Punkt der Grünen, Freigabe für Canabis als Modell-Projekt, beschäftigen, obwohl das Thema in der Partei eigentlich auf Ablehnung stoße.

Koch ist überzeugt, dass die Koalition im Lande weiter funktionieren wird. „Die Jamaika-Koalition ist ein Erfolgsmodell und mit Daniel Günther, Robert Habeck und Wolfgang Kubicki ist das Land auch in Berlin gut vertreten." Eine klare Absage erteilte Koch auf Nachfrage einer möglichen Zusammenarbeit mit den Parteien der Linken oder mit der AfD, ebenso wäre für ihn die Mietpreisbremse oder ein Mietpreisstop kein adäquates Mittel gegen den Wohnungsnotstand. *kö*